

# Amts- und Anzeigeblatt

## für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illust. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Böten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die einhalbjährige Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pfennige.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 99.

60. Jahrgang.  
Donnerstag, den 1. Mai

1913.

### Einkommen- und Ergänzungsteuer betreffend.

Die Austragung der diesjährigen Einkommen- und Ergänzungsteuerzettel wird heute beendet. Diejenigen Beitragspflichtigen, welche hier ihre Steuervorschrift zu erfüllen, einen Steuerzettel aber nicht erhalten haben, werden daher in Gemäßheit der Bestimmungen in § 46 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 und § 28 des Ergänzungsteuergesetzes vom 2. Juli 1902 hiermit aufgefordert, sich wegen Mitteilung des Einkommungsergebnisses bei der hiesigen Stadtsteuereinnahme zu melden. Die in § 49 bez. 32 der genannten Gesetze geordnete Reklamationsfrist von 3 Wochen ist in solchen Fällen vom Erlass gegenwärtiger Bekanntmachung ab zu rechnen.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß der erste Einkommen- und Ergänzungsteuertermin heute fällig ist und daß nach Ablauf der zur Zahlung nachgelassenen dreiwöchigen Frist gegen etwaige Restanten das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden wird.

Stadtrat Eibenstock, den 30. April 1913.

Durch § 4 des Gesetzes vom 10. September 1870 über die Sonn-, Fest- und Bußtagfeier sind an den Sonn-, Fest- und Bußtagen gewöhnliche Handlungen und Wochearbeiten im Bereich der Landwirtschaft und des Gewerbebetriebes, wenn sie außerhalb der Wohnungen, Wirtschaftsgebäude und Gewerberäume stattfinden, verboten.

Diese Bestimmung wird vielfach unbeachtet gelassen. Sie wird deshalb hiermit in

Erinnerung gebracht mit dem Hinweise, daß Zuwidderhandlungen nach § 366<sup>1</sup> des Reichsstrafgesetzbuches mit Geld bis 60 M. oder entsprechender Haft zu bestrafen sind.

Stadtrat Eibenstock, den 11. April 1913.

### Nachruf.

Gestern verschied hier  
**Herr Ortsrichter Carl Friedrich Glöckner.**

Wir betrauern aufrichtig das Hinscheiden dieses wackeren Mannes, der seit dem 17. September 1863 ununterbrochen dem Gemeinderate, seit 1881 dem Schulvorstand und auch ca. 30 Jahre dem Kirchenvorstand als Mitglied angehörte und hierdurch um die Gemeinde sich treu verdient gemacht hat.

Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten.

Carlsfeld, am 28. April 1913.

**Der Gemeinderat und Schulvorstand. Der Kirchenvorstand.**  
Gem.-Vorst. Liebing, Vorst. P. Wiese.

### Vor neuen kriegerischen Ereignissen.

Wie wir schon gestern meldeten, hat sich die Botschafterkonferenz wiederum zu seinem endgültigen Entschluß aufzusuchen können, sondern sich bis zum Donnerstag vertagt. Man sagt, sie habe dies vielleicht aus „Verlegenheit“ getan, um Zeit zu gewinnen. Hat man Worte! In so ernster Zeit wirft man mit solchen Redensarten um sich? In der Tat, „Europa“ scheint noch immer der Meinung zu sein, gewissenhaft jeden Grad der Vorsichtlichkeit durchmachen zu müssen. Oder aber zieht man auf Seiten des Dreibandes absichtlich die Angelegenheit in die Länge, um Österreich zu zwingen, den ersten Kanonenschuß zu lösen? Unmöglich ist ja nichts. Nun, daß das Letztere der Fall sein wird, daran ist kaum noch zu zweifeln; denn nach den heute vorliegenden Meldungen schlägt Österreich in den nächsten Tagen, vielleicht schon morgen, los, handelt es sich doch jetzt nur noch darum, festzustellen, ob Italien sich an der Aktion beteiligen wird. Nachstehend die eingelaufenen Meldungen:

Berlin, 29. April. In hiesigen diplomatischen Kreisen besteht bisher kein bestimmtes Urteil darüber, ob die Botschafterkonferenz in London sich gestern aus Verlegenheit vertagt hat, um Zeit zu gewinnen, oder ob es geschehen ist, weil man die Aussicht zu haben glaubt, daß bis zur nächsten Sitzung eine Österreich-Ungarn befriedigende Lösung zu stande gekommen ist. Jedenfalls bleibt die Voge gespannt, wie sie es bisher war.

Wien, 29. April. Das Wiener Kabinett ist mit dem Verlauf der gestrigen Botschafterreunion in London nicht zufrieden. Österreich-Ungarn hatte befürchtet, daß es sich freie Hand vorbehalte, falls die Botschafter keine wirksame Zwangsmäßregeln gegen Montenegro beschließen. Dieser Fall ist nach dem Verlauf der gestrigen Sitzung in London eingetreten. Österreich-Ungarn wird jetzt sofort selbstständig gegen Montenegro vorgehen. Alle Vorbereitungen zu einer militärischen Expedition sind bereits vollkommen durchgeführt. Ihr Beginn steht unmittelbar bevor. Gegenwärtig findet noch ein sehr lebhafter Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt.

Wien, 29. April. Die „Reichspost“ schreibt heute: In verschiedenen Ländern scheint die Meinung zu bestehen, daß Österreich-Ungarn mit seinen Erklärungen bluse. Diese Meinung, auf deren Gesäßlichkeit verwiesen werden mag, ist vollständig irrig. Die nächste Zeit wird diesen Irrtum beweisen. Zur Stunde weiß Kriegsminister Feldzeugmeister von Probatin beim Minister des Äußeren Großen Reichs.

Berlin, 29. April. Bei dem heutigen Empfang des diplomatischen Korps im Auswärtigen

tigen Amte durch Staatssekretär von Jagow lag eine Meldung von einem beabsichtigten selbständigen Vorgehen Österreich-Ungarns noch nicht vor. Zu dieser Wiener Nachricht wird von hiesiger maßgebender Stelle einem Vertreter des hirschischen Telegraphen-Bureaus bemerkt, daß dieses nunmehrige selbständige Eingreifen unserer Nachbarmonarchie nicht verübt werden kann, da die Botschafterkonferenz bisher ein einmütiges Vorgehen der Großmächte nicht erzielte, und ein weiteres Zaudern dem Ansehen Österreich-Ungarns entschieden von großem Schaden sein werde. Immerhin glaubt man nicht, daß ein alleiniges Vorgehen einen Grund zur Beunruhigung geben wird, da man nicht an ein Übergreifen der Differenzen auf die Großmächte selbst hier glaubt, sondern durchaus die Ansicht vertritt, daß ein eventueller Konflikt isoliert bleibt.

Wien, 29. April. Von autoritativer Seite wird dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt, daß Österreich-Ungarn ein Ultimatum morgen an Montenegro abgeben lassen wird. Die Botschafterreunion am Donnerstag müsse zeigen, welche Mächte sich dem Schritte Österreich-Ungarns anschließen werden.

Wien, 29. April. Gerüchteweise verlautet, daß der Chef des Generalstabes Konrad von Höhendorff Vorbereitungen für die Kriege nach Cattaro trifft.

Daß Montenegro nicht gewillt ist, freiwillig Slavari herauszugeben, sondern daß es dies gegen Österreich zu verteidigen gedenkt und daß Serbien in dieser Angelegenheit mit Montenegro geht, beweisen die nachstehenden Depeschen:

Wien, 29. April. Die „Reichspost“ meldet: Die Strafe zwischen Cattaro und Cetinje wird stark mit Truppen und Maschinengewehren von den Montenegrinern befehlt.

Wien, 29. April. In den Kreisen der Balkan-diplomaten erklärt man, daß Serbien verpflichtet und bereit sein werde, Montenegro, sobald es von Österreich-Ungarn angegriffen werden sollte, diesem Lande Waffenhilfe zu leisten. Man spricht sogar davon, daß auch die anderen Balkanstaaten dazu verpflichtet seien, doch wird in anderen Kreisen die entgegengesetzte Meinung ausgedrückt.

### Tagesgeschichte.

#### Deutschland.

Staatssekretär von Jagow in der Budgetkommision. In der Sitzung der Budgetkommision am Dienstag erschien der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Jagow. Es wurde bei der Weiterberatung der Wehrvorlage zunächst über die Neutralität Belgien verhandelt, und die Befürchtung ausgesprochen, daß bei der Stimmung in Belgien dort die Befürchtung herrsche, daß Deutschland im Falle eines Krieges die Neutralität nicht wahre. Man sei nun

überzeugt, daß Deutschland die Neutralität wahren werde, es sei aber wünschenswert, daß die Regierung dies auch öffentlich erklärt. Der Staatssekretär erwiderte, die Regierung stehe auf dem Boden der Neutralitätsverträge und werde dieselben halten. Die Vertreter der Sozialdemokratie fragten an, ob nicht eine bessere österreichische Politik besonders hinsichtlich des Verhältnisses zu den in Österreich lebenden Serben und Kroaten läme. Weiter fragten sie, wie sich der Vertreter des Auswärtigen Amtes zu der Berliner Konferenz stelle. Der Staatssekretär erklärte darauf, man müsse auf die Stimmung in Frankreich Rücksicht nehmen. Die deutsche Stimmung ist durchaus friedlich, ebenso diejenige in Österreich. Die Berliner Konferenz könnte nur angenehm sein. Ein Redner der Sozialdemokratie fragte nach dem neuesten Stand der Botschafterkonferenz und der Lage auf dem Balkan. Der Staatssekretär erwiderte, es sei unrichtig, daß wir die Südslaven von Österreich abhalten wollen; es sei nur darauf aufmerksam gemacht worden, daß Österreichs Streitkräfte im Südosten jetzt stärker festgehalten werden als bisher. Über die Botschafterkonferenz könne er nichts Neues sagen, Slavari stehe wohl nicht im Zusammenhang mit der Wehrvorlage. Der Kriegsminister gab dann vertrauliche Mitteilungen über auswärtige Kriegsrüstungen. Deutschland sei friedfertig, aber der Glaube an die Friedfertigkeit Deutschlands läse nicht erzwungen werden.

Zusammenstoß zwischen Arbeitswilligen und Streikenden. Am Montag abend kam es in Wald (Solingen) zwischen Arbeitswilligen und Streikenden der dortigen Firma Nautenbach zu ernsten Zwischenfällen. Die Arbeitswilligen wurden von den Streikenden daran gehindert, Einfäufe zu machen. Man belästigte sie mit höhnischen Zursachen und Beschimpfungen. In der Nacht setzten sich die Unruhen fort und arteten zu einem wahren Aufruhr aus. Über fünfhundert Streikende zogen zur Fabrik und waren sämtliche Fenster der Gebäude ein. Ebenso wurden Revolverschüsse abgegeben. Die Schüsse wurden von den Arbeitswilligen erwidert. Eine große Anzahl Personen wurde verhaftet. Die Polizei konnte erst in später Nachtstunde die Straßen von den Tumultuanten räumen.

#### Österreich-Ungarn.

Eine Sanierungsaktion für Böhmen. Beim Ministerpräsidenten fand am Montag eine Besprechung mit Vertretern des konservativen Verfassungstreuen Großgrundbesitzes statt, an der der Minister des Innern teilnahm. Sie galt der Frage, wie eine Session des böhmischen Landtages zu ermöglichen sei. Im Zusammenhang damit wurde die gesamte Lage Böhmens nach der politischen und finanziellen Seite erörtert.

#### Persien.

Russisch-kleinasiatische Pläne. Die russischen Truppenzusammenstellungen im türkisch-perisischen Grenzgebiet dauern fort; dem „Alembar“ zufolge sollen sich bei Choi allein 8800 Mann befinden.